Die neue Bundesregierung wird uns nicht die Arbeit abnehmen. Um Frieden und Abrüstung müssen wir uns selber kümmern!

Wer gehofft hatte, in Zukunft Ostern zu Hause bleiben zu können statt für den Frieden auf die Straße zu gehen, weil die neue Bundesregierung die Weichen in Richtung Abrüstung stellt, ist enttäuscht worden. In grundlegenden Fragen stellt der Koalitionsvertrag klar:

- die Atomwaffen bleiben auch in Deutschland
- Waffen werden weiter exportiert
- der Rüstungshaushalt wird steigen
- die Bundeswehr beteiligt sich am Rüstungswettlauf bei Drohnen

Im Einzelnen heißt es

auf Seite 147

"Solange Kernwaffen im Strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben."

In blinder Treue will man den Plänen der NATO-Atommächte USA, Großbritannien und Frankreich folgen. "Nukleare Teilhabe" bedeutet, dass Deutschland mitmacht bei der Planung des Einsatzes von Atomwaffen und deren "Modernisierung" (d.h. de facto Aufrüstung).

Dass die in Deutschland stationierten Atomwaffen bleiben sollen, ist blumig umschrieben: "Unser Ziel bleibt eine atomwaffenfreie Welt (Global Zero) und damit einhergehend ein Deutschland frei von Atomwaffen."

Die Atomsprengköpfe in Büchel sollen also erst weg, wenn es nirgendwo mehr Atomwaffen gibt. Die Idee, Vorreiter bei der Abrüstung zu sein, wird verworfen.

auf Seite 148:

"Wir erteilen keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten, solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind."

Die Formulierung "nachweislich unmittelbar" ist wohl gewählt, um die Lieferung von Waffen an Staaten zuzulassen, die die kriegführenden Parteien dort unterstützen oder die mehr oder weniger schlecht getarnt ihre Soldaten in den Jemen schicken.

Die Förderung des Baus von U-Booten (die vor allem als Rüstungsexporte ins Ausland gehen) ist schon auf Seite 30 versprochen:

"Vergabeverfahren werden wir beschleunigen unter der konsequenten Einstufung des Marine-**Unter**- und Überwasserschiffbaus sowie des Behörden- und Forschungsschiffbaus als Schlüsseltechnologien"

(Das Wort "**Unter**wasserschiffbau" ist im Vertrag nicht hervorgehoben. Zu deutlich wäre dann geworden, dass der Export tödlicher Waffen als "Schlüsseltechnologie" bezeichnet wird. Der Tod ist immer noch ein Meister aus Deutschland!)

auf Seite 146:

"Wir wollen, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten und inklusiven Ansatzes langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationales Handeln investiert, so seine Diplomatie und seine Entwicklungspolitik stärkt und seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt."

"Internationales Handeln" ist eine nette Umschreibung. Weiter hinten (Seite 152) steht, dass 0,7 Prozent für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben werden sollen. Bleiben also 2,3 Prozent, um das NATO-Ziel von 2 Prozent sogar zu übertreffen. Das bedeutet bei den jetzigen Zahlen einen Steigerung des Rüstungshaushalts um fast ein Drittel!

auf Seite 151:

"Bewaffnete Drohnen können zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz beitragen. Unter verbindlichen und transparenten Auflagen und unter Berücksichtigung von ethischen und sicherheitspolitischen Aspekten werden wir daher die Bewaffnung von Drohnen der Bundeswehr in dieser Legislaturperiode ermöglichen." Abgesehen davon, dass der beste Schutz der Bundeswehr-Angehörigen immer noch ist, sie zu Hause zu lassen:

Mit der Bewaffnung von Drohnen wird ein höchst gefährlicher Schritt getan. Zwar werden weiter vorn (Seite 147) autonome Waffensysteme abgelehnt. Doch der Weg von bewaffneten Drohnen führt unweigerlich dorthin: Noch sind es vielleicht "Joystick-Krieger", die aus sicherer Entfernung die Waffen der Drohnen abfeuern. Aber sobald andere Drohnen ins "Spiel" kommen, sind die Signallaufzeiten einfach zu lang, um schnell genug zu reagieren. Drohnen, die andere Drohnen bekämpfen, müssen autonom entscheiden, sonst werden sie abgeschossen. Es droht hier eine Entwicklung, bei der Algorithmen in selbstlernenden Kampfmaschinen über unser Leben entschieden. Das ist nur durch eine sofortige Abrüstung der Drohnen und eine internationale Ächtung dieser Waffensysteme aufzuhalten!

Wer jetzt Drohnen bewaffnet, verhält sich wie ein Land, dass neue Kohlekraftwerke in Betrieb nimmt, statt den Klimawandel zu stoppen.

Vergessen wir bei all dem nicht: Ein Koalitionsvertrag ist nur eine Absichtserklärung der Parteien, die sich da zusammentun. Was wirklich gemacht wird, hängt von den politischen Gegebenheiten ab. Und da kommen wir ins Spiel:

Wir müssen gerade jetzt und in Zukunft den öffentlichen Druck verstärken, Aufklärungsarbeit leisten und auf die Straße gehen!